Türkei

Sippenhaft für Erdoğan-Kritiker

Die Bemühungen der Bundesregierung, die Ehefrau des türkischen Regimekritikers Can Dündar nach Deutschland zu holen, sind vorerst gescheitert. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitung „Cumhuriyet“, der in der Türkei wegen angeblicher Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen zu knapp sechs Jahren Gefängnis verurteilt wurde, lebt seit einigen Wochen im Berliner Exil und ist im Besitz eines deutschen Passersatzes, mit dem er sich in Europa frei bewegen kann. Der Versuch seiner Frau, sich im September ebenfalls nach Berlin abzusetzen, scheiterte – die türkischen Behörden zogen Dilek Dündars Reisepass am Flughafen ein und erklärten ihn kurzerhand für ungültig. Seitdem versucht die Bundesregierung, eine Ausreisegenehmigung zu erwirken, doch die türkische Regierung bleibt hart. Dündar ist nicht der einzige heikle Fall, der die deutschen Behörden umtreibt. Seit dem niedergeschlagenen Putsch haben etliche türkische Diplomaten in Deutschland Asyl beantragt. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums hätten inzwischen 42 „Inhaber von türkischen Diplomatenpässen“ um Schutz ersucht, wobei auch Ehegatten und Kinder in dieser Zahl erfasst sind. Auch der ehemalige Militärattaché an der türkischen Botschaft in Berlin soll zu den Antragstellern gehören. Sollte den ehemaligen Diplomaten Asyl gewährt werden, rechnet die Bundesregierung mit einer weiteren Verschlechterung des deutsch-türkischen Verhältnisses. Insgesamt registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von Juli bis September rund 1100 Asylsuchende aus der Türkei. csc,wow

OZAN KOSE / AFP / GETTY IMAGES

Can, Dilek Dündar im Mai in Istanbul

Migration

Nationales Abschiebezentrum gefordert

Um mehr abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimat zurückschicken zu können, dringt der CDU-Innenpolitiker Armin Schuster auf die Einrichtung eines „Nationalen Rückführungszentrums“ unter Regie des Bundesinnenministeriums. „Es herrscht noch immer ein erhebliches Abschiebungsdefizit“, sagte der Obmann der Union im Innenausschuss. Von rund 200 000 abgelehnten Asylbewerbern könnten viele nicht abgeschoben werden, etwa weil ihre Papiere fehlten, die Identität unklar sei oder die Herkunftsländer nicht kooperierten. Ein zentrales „Rückführungszentrum“ mit Experten verschiedener Behörden könnte hier als „Dienstleister“ für die Länder wertvolle Unterstützung bieten, so Schuster. wow

Presseball

Tanzen ohne AfD

Politiker der Alternative für Deutschland (AfD) sind auf dem diesjährigen Bundespresseball unerwünscht. Zur Feier am 25. November im Berliner Hotel Adlon, wo rund 2300 Medienmacher und Politiker tanzen werden, haben die Parteichefs Frauke Petry oder Jörg Meuthen keinen Zutritt – anders als im vergangenen Jahr, als Petry im AfD-blauen Abendkleid durchs Adlon flanierte. „Wir müssen jedes Jahr neu entscheiden, wen wir zum Presseball einladen“, sagt Gregor Mayntz, Vorsitzender der Bundespressekonferenz. „In diesem Jahr gehört die AfD zu jenen, die wir nicht eingeladen haben.“ Zu den Gründen schweigt er. AfD-Bundesvorstand Armin Paul Hampel ist empört: „Die Frage, wer zum Presseball eingeladen ist, gleicht einer politischen Selektion.“ ama

Zeitgeschichte

Honeckers Lüge

Das Bundesarchiv veröffentlicht unbekannte Dokumente zum berüchtigten Gipfel zwischen Kanzler Helmut Schmidt und DDR-Chef Erich Honecker 1981 in Güstrow („Dokumente zur Deutschlandpolitik“, De Gruyter). Tausende Stasileute hatten damals die Kleinstadt besetzt und sollten der Bonner Delegation samt Journalisten vorgaukeln, sie seien Güstrower. Das misslang allerdings. Man habe „die offene Präsenz offensichtlich etwas zu hoch angesetzt“, notierte ein Stasimann selbstkritisch. Leider hätten westliche Journalisten seine Leute an den „Verpflegungsbeuteln in der Hand“ erkannt. Auch sei es „wenig dienlich“ gewesen, dass Einzelne Hochrufe auf Honecker vorgebracht hätten. Dieser rechtfertigte den grotesken Einsatz von insgesamt 12 000 Stasimitarbeitern mit Verweis auf das Bundeskanzleramt. Schmidts Staatsminister Gunter Huonker habe gewarnt, „auf den Bundeskanzler sei ein Attentat geplant“. Tatsächlich hatte Huonker einen Emissär der DDR aber nur gefragt, ob Ostberlin Informationen aus dem Südjemen über Terroristen besorgen könne, die sich dort aufhielten. Helmut Schmidt hatte vorab sogar ausdrücklich gebeten, zu seiner Sicherheit „keine überhöhten Maßnahmen“ in Güstrow zu ergreifen. klw

JUPP DARCHINGER IM ADSD DER FES

Schmidt (l.), Honecker 1981 in Güstrow